

## **Anpassungs- und Ergänzungsvereinbarung**

zwischen

der Stadt Eltville am Rhein, vertreten durch Bürgermeister Patrick Kunkel und Ersten Stadtrat Hans-Walter Pnischeck,

und

der Kirchengemeinde Pfarrei St. Peter und Paul Rheingau, vertreten durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Verwaltungsrats Pfarrer Ralph Senft und das Verwaltungsratsmitglied Stefan Bittner,

nachfolgend gemeinsam „Parteien“ genannt.

### **§ 1 Gegenstand des Vertrages**

Unter Bezugnahme auf

- den Trägervertrag der Kindertagesstätte St. Martin, Hauptstraße 57, 65344 Martinsthal vom 01.07.2009 nebst
- Vereinbarung zur Beitragsfreistellung vom 23.08.2007 und
- Vereinbarung zur Teilnahme am Babiniprogramm vom 10.12.2007

und in Bestätigung dessen regeln die Parteien die Kosten der Bauunterhaltung für die o.g. Kindertagesstätte nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.

Vorgenannte Kindertagesstätte besteht zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aus 2 Gruppen, davon 2 regelfinanzierten Gruppen gemäß o.g. Trägervertrag vom 01.07.2009 und 0 für die kirchliche Seite kostenneutrale Gruppe.

### **§ 2 Begriffsbestimmungen**

- (1) Baukosten im Sinne dieses Vertrages sind Kosten für Baumaßnahmen, Sanierung und Bauunterhalt, soweit sie nicht Sachkosten sind.
- (2) Kosten im Sinne des Absatzes 1 sind auch Kosten für Ausrüstungen und Ersatzbeschaffungen.

(3) Zu den Kosten im Sinne der vorstehenden Absätze zählen insbesondere:

1. alle Maßnahmen, die dazu dienen, den Zustand des Gebäudes sowie des Grundstücks der Kindertageseinrichtung zu erhalten bzw. den bestimmungsgemäßen Gebrauch, auch nach Abnutzung, Alterung und Witterungseinwirkung, wiederherzustellen;
2. Ersatzbeschaffungen und Aufrüstungen, die für den Betrieb der Kindertageseinrichtung erforderlich sind und/oder aufgrund rechtlicher Vorgaben erforderlich werden;
3. alle sonstigen Maßnahmen, die für einen verkehrssicheren Betrieb der Kindertageseinrichtung erforderlich sind.

(4) Die Regelung zu den Kosten der Bauunterhaltung in Absatz 1 bezieht sich insbesondere auf

1. die Gebäude der Kindertageseinrichtung und deren Inventar, insbesondere lose und feststehende Möblierungen, Küchen, Aufzüge, Telekommunikations- und EDV-Anlagen;
2. das Gelände der Kindertageseinrichtung, das u.a. Außenspielbereich, Garten, Zuwegung, Verkehrsfläche und Parkplätze umfasst. Sie bezieht sich damit insbesondere auch auf Spielgeräte inkl. Fallschutz und Mobiliar im Außenbereich, Bäume und Pflanzen, Wege, Sandkasten und Zäune.

(5) Baukosten in diesem Sinne sind nicht Sachkosten, die Bestandteil der Betriebskosten sind. Zu den Sachkosten gehören insbesondere

1. Heizung, Grundbesitzabgaben, Wasser, Abwasser, Strom, Versicherungen, Fort- und Weiterbildung, Spiel- und Beschäftigungsmaterialien, Bürobedarf, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernmeldegebühren, Dienstreisen, Reinigungskosten, externe Dienstleistungen
2. Ersatzbeschaffungen, Kosten für die Instandhaltung und die Bauunterhaltung (u.a. Wartung) bis zu einem Gesamtwert von 5.000,- Euro p. a. (=2.500,- Euro à 2 Gruppen). Hierfür werden ab dem Jahr 2024 pauschal 5.000,- Euro in den laufenden Haushalt der Kita eingestellt.

Sofern die vorgenannten Mittel innerhalb eines Jahres nicht ausgeschöpft werden, ist eine Rücklage zu bilden. Sofern die Mittel aus der Rücklage im Folgejahr nicht benötigt werden, sind diese der Stadt Eltville zurückzuerstatten.

3. Verwaltungs- und Beratungskosten (Leistungen des Bistums, Leistungen der Kirchengemeinden, Leistungen der Rendaturen und Leistungen der Fachberatung des Bistums).

### **§ 3 Verfahren**

- (1) Stimmt die Stadt Eltville der Maßnahme zu, richtet sich die Mitfinanzierung nach den nachfolgenden Bestimmungen.
- (2) Die Abstimmung der Maßnahmen und das Verfahren der Entscheidung über die Zustimmung richten sich danach, ob es sich um eine reguläre Maßnahme oder eine dringend notwendige Maßnahme handelt.

#### 1. Regelverfahren

Maßnahmen nach dieser Vereinbarung sind der Stadt Eltville von der Trägerin bis zum 30.06. des Vorjahres anzuzeigen. Die Maßnahme wird nach Art, Umfang und Zeitpunkt der Durchführung zwischen der Trägerin, dem Bistum Limburg und der Stadt Eltville abgestimmt.

#### 2. Dringend notwendige Maßnahmen

Dringend notwendige Maßnahmen, die ein Verfahren nach Abs. 1 nicht erlauben, werden der Stadt Eltville von der Trägerin unter Mitteilung der Eilbedürftigkeit angezeigt. Die Stadt Eltville wird zeitnah im regulären Geschäftsgang durch das zuständige Gremium über die Maßnahme entscheiden. Auf Ersuchen der Trägerin wird die Stadt bei besonderer Dringlichkeit im Wege der Eilentscheidung verfahren.

### **§ 4 Kostenquotelung**

- (1) Die Kostenquotelung richtet sich danach, ob die konkrete Maßnahme eindeutig einer regelfinanzierten Gruppe oder einer kostenneutralen Gruppe zuzuordnen ist. Ist die Maßnahme keiner Gruppe eindeutig zuzuordnen, richtet sich die Kostenquotelung nach dem prozentualen Anteil der Gruppen untereinander innerhalb der Einrichtung (Abs. 4).
- (2) Baukosten, die regelfinanzierten Bestandsgruppen zuzuordnen sind, werden zu 85 % von der Stadt Eltville getragen.

- (3) Baukosten, die kostenneutralen Gruppen zuzuordnen sind, werden von der Stadt Eltville getragen.
- (4) Ist eine Zuordnung nicht möglich oder kommt eine nicht trennbare Maßnahme beiden Kategorien zugute, ist nach Abs. 1 Satz 2 zu verfahren. In diesem Falle ist zunächst der Anteil der regelfinanzierten Gruppen an der Gesamtgruppenzahl zu ermitteln (Bsp.: 6 Gruppen, hiervon 3 regelfinanziert = 0,5). Mit dem so errechneten Faktor sind die Kosten der Baumaßnahme zu multiplizieren; dieser Betrag ist wiederum mit dem Faktor 0,15 zu multiplizieren. Der so errechnete Betrag wird von der kirchlichen Seite getragen, der verbleibende Teil wird von der Stadt Eltville getragen.
- (5) Drittmittel (Zuwendungen, Förderungen, Subventionen) aus öffentlichen Mitteln werden nach dem vorstehenden Verteilungsschlüssel in Ansatz gebracht. Ausdrücklich ausgenommen hiervon sind Zuwendungen (z.B. Spenden, Zuwendungen Aktion Mensch, eingeworbene Stiftungsmittel), die der Kirchengemeinde oder dem Bistum in ihrer kirchlichen Eigenschaft zugewandt werden.
- (6) Die vorstehenden Finanzierungsquoten und Grundsätze gelten auch für Erweiterungs- oder Ersatzneubauten. Die Regelungen dieses Vertrages gelten nicht für Erweiterungs- und Ersatzneubauten betreffend KITA – Liegenschaften im Eigentum der Stadt Eltville, die in Trägerschaft der Kirchengemeinde betrieben werden; für diese erfolgt ein einmaliger Fixkostenzuschuss durch die kirchliche Seite auf Basis der vorgelegten Kostenberechnung.

## **§ 5 Abschließende Bestimmungen**

- (1) Vertragsänderungen und/oder-Ergänzungen bedürfen der Schriftform, sofern nicht eine strengere Form gesetzlich vorgeschrieben ist. Dies gilt auch für die Änderung der Schriftformklausel.
- (2) Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berührt nicht die Wirksamkeit der weiteren Regelungen dieses Vertrages. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck dieses Vertrages rechtlich und wirtschaftlich möglichst nahekommen, ohne ihrerseits unwirksam zu sein. Dies gilt auch für etwaige Vertragslücken.

(3) Die Regelungen dieses Vertrages gelten für alle neu initiierten Maßnahmen ab dem 01.01.2023. Die Laufzeit dieses Vertrages richtet sich nach der Laufzeit der Grundvereinbarung.

(4) Der Vertrag bedarf der kirchenaufsichtsbehördlichen Genehmigung des Bischöflichen Ordinariats Limburg.

---

(Patrick Kunkel)

(Bürgermeister)

---

(Hans-Walter Pnischeck)  
Erster Stadtrat

---

(Pfarrer Ralph Senft)

Vorsitzender d. Verwaltungsrats

---

(Stefan Bittner)  
(Mitglied Verwaltungsrat)

[Amtssiegel]

Kirchenaufsichtsbehördliche Genehmigung:

## Vertrag

zur Finanzierung der Katholischen Kindertagesstätte St. Martin in Eltville-Martinsthal

zwischen

der Stadt Eltville am Rhein, vertreten durch den Magistrat, dieser vertreten durch Herrn Bürgermeister Patrick Kunkel und Herrn Ersten Stadtrat Dr. Clemens Mödden – nachfolgend „Stadt“ genannt,

und

der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin, vertreten durch den Verwaltungsrat der Kirchengemeinde, dieser vertreten durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und ein weiteres Mitglied des Verwaltungsrates – nachfolgend „Kirchengemeinde“ oder „Träger“ genannt,

wird folgender Vertrag geschlossen:

### § 1

#### Vertragsgegenstand

- (1) Die Kirchengemeinde betreibt in Eltville-Martinsthal eine Kindertagesstätte mit Außenanlage für zurzeit 43 Kinder in zwei Gruppen. Es werden auch Ganztagsplätze mit Mittagsversorgung angeboten.
- (2) Grundstücks- und Gebäudeeigentümer ist das Kloster Tiefenthal.
- (3) Die Stadt ist nach § 30 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches in Zusammenarbeit mit den Trägern für die Bedarfsplanung und die Festlegung der daraus resultierenden Maßnahmen im Bereich der Kindertagesstätten zuständig. Zur Abstimmung von einrichtungsübergreifenden Fragen beruft die Stadt bei Bedarf – mindestens jedoch einmal jährlich – eine Zusammenkunft aller Träger von Kindertagesstätten in Eltville am Rhein ein, zu der die Kirchengemeinde mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrates entsendet. Die Beratungsergebnisse dieser Trägerzusammenkünfte bilden die Beschlussvorlagen für die Gremien der Träger und der Stadt.

### § 2

#### Aufnahme von Kindern, Auslastung

- (1) Die Kindertagesstätte ist ein für das Gemeinwesen offenes Angebot der katholischen Kirche und hat das Ziel, Familien in ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen und zu ergänzen. Dies geschieht in partnerschaftlicher Zusammenarbeit aller Beteiligten. Es werden Kinder ohne Unterschied der Herkunft, der Staatsangehörigkeit, der Konfession oder Religion aufgenommen.
- (2) Die Kindertagesstätte steht vorrangig allen Kindern, deren Erziehungsberechtigte in der Stadt Eltville am Rhein ihren Wohnsitz haben (Hauptwohnung im Sinne des Melderechtes), vom vollendeten 3. Lebensjahr an bis zum Schulbesuch offen. Sofern

dies die jeweils gültige Betriebsgenehmigung der Kindertagesstätte vorsieht, können auch Kinder vom vollendeten 1. Lebensjahr bis zum vollendeten 3. Lebensjahr aufgenommen werden. Kinder aus anderen kommunalen Gebietskörperschaften werden, soweit Plätze frei sind, aufgenommen, um die Auslastung gemäß Absatz 4 sicherzustellen. Diesbezügliche Entscheidungen trifft die Kirchengemeinde im Benehmen mit der Stadt.

- (3) Die Anzahl der Betreuungsplätze und Gruppen sowie die Öffnungszeiten und Betreuungsangebote (Ganztagsplätze, Betreuung von Kindern unter 3 Jahren u. ä.) werden im Einvernehmen mit der Stadt festgelegt. Hinsichtlich der Öffnungszeiten wird von folgenden Grundbetreuungsmodellen ausgegangen:
- Vormittagsplatz: 8.00 bis 13.00 Uhr
  - Vormittagsplatz mit Mittagessen: 8.00 bis 14.00 Uhr
  - Vor- und Nachmittagsplatz: 8.00 bis 12.00 und 14.00 bis 17.00 Uhr
  - Ganztagsplatz: 8.00 bis 17.00 Uhr

Dabei müssen nicht alle Betreuungsmodelle angeboten werden und es ist möglich, die Betreuungszeiten an verschiedenen Wochentagen unterschiedlich anzubieten. Eine Erweiterung der Öffnungszeiten in den morgendlichen und abendlichen Randzeiten ist möglich.

- (4) Die Kirchengemeinde verpflichtet sich,
1. die Auslastung der Gruppen mit jeweils 25 Kindern zu erzielen. Die reduzierte Belegung zur Durchführung von anerkannten Integrationsmaßnahmen bleibt hiervon unberührt. Soweit die Gruppen wegen örtlicher Überkapazitäten bei Kindergartenplätzen nicht ausgelastet werden können, darf die Gruppenstärke nicht unter 15 Kinder sinken. Reduziert sich die Gruppenstärke auf unter 15 zu betreuende Kinder, ist zum Betrieb die Zustimmung der Stadt einzuholen.
  2. die Veränderung der Betriebserlaubnis gemäß §§ 45 bis 48 SGB VIII nur nach vorheriger Zustimmung durch die Stadt zu betreiben.

### § 3

#### Führung der Einrichtung

Die Kirchengemeinde ist Arbeitgeber des Personals und übt das Direktionsrecht aus. Für die Betriebsführung der Kindertagesstätte gelten die kirchlichen Bestimmungen einschließlich der Arbeitsvertragsordnung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kirchlichen Dienst in der Diözese Limburg (AVO).

### § 4

#### Elternbeiträge, Essensgeld

- (1) Für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätte wird ein Beitrag von den Eltern erhoben. Die Beiträge werden gemäß § 1, Absatz 3 gemeinsam festgelegt. Bei unterschiedlichen Öffnungszeiten erfolgt eine analoge Ermittlung.

- (2) Bei Familien mit zwei Kindern in einer Kindertagesstätte reduziert sich der Beitrag für das zweite Kind auf 70 Prozent des Regelbeitrags. Weitere Geschwisterkinder sind beitragsfrei.
- (3) Darüber hinaus wird von den Eltern ein Essensgeld erhoben.

## § 5 Betriebskosten

Die Betriebskosten umfassen alle laufenden Personal- und Sachkosten, die für den Betrieb der Einrichtung notwendig sind:

- a) Die Personalkosten für das pädagogische Personal richten sich nach dem jeweils vom Bistum Limburg festgelegten Personalschlüssel:
- Grundlage der Berechnung sind dabei die tatsächlichen Betreuungsstunden der Fachkräfte im Sinne der „Verordnung zur Neuregelung der Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder“ des Landes Hessen, bezogen auf die Betreuungszeit der zu betreuenden Gruppe pro Woche.
  - Für die Vor- und Nachbereitung ist ein Stundenkontingent von 20 Prozent der Betreuungszeit hinzuzurechnen.
  - Für Aufgaben der Leitung der Einrichtung ist ein Stundenkontingent von 15 Prozent der Betreuungszeit – unabhängig von der Anzahl der Gruppen – hinzuzurechnen.

Veränderungen des Personalschlüssels bedürfen der Zustimmung durch die Stadt.

- b) Zu den Sachkosten gehören:
- Grundbesitzabgaben, Heizung, Strom, Wasser, Versicherungen, Spiel- und Beschäftigungsmaterial, Bürobedarf, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernmeldegebühren, Aus-, Fort- und Weiterbildungskosten, Dienstreisen, Kosten für Lebensmittel, das Frühstück, die Mittagsversorgung, die Kosten für das nichtpädagogische Personal, die Kosten der Fachberatung in Höhe von 600,00 Euro je Gruppe sowie sonstige für den laufenden Betrieb erforderliche und nachgewiesene Kosten.
  - Ersatzbeschaffungen und Instandsetzungskosten bis zu jeweils 2.500,00 Euro jährlich.

Zu den Sachkosten gehören nicht:

- kalkulatorische Kosten im Sinne des § 12 GemHVO (Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals) und
- Rücklagen.

- c) Die Verwaltungskostenpauschale für das Rentamt in Höhe von 3,5 Prozent der Personal- und Sachkosten gehören nicht zu den Betriebskosten.

## § 6 Finanzierung der Betriebskosten

- (1) Von den Betriebskosten finanziert der Träger 15 Prozent.



(2) Der restliche Anteil der Betriebskosten (§ 5) wird nach Abzug der Elternbeiträge und des Essensgeldes (§ 4), der vom Land Hessen nach Maßgabe des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches gezahlten Zuschüsse sowie sonstiger Einnahmen (Zinserträge, Spenden, Erstattungen etc.) von der Stadt nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen getragen (das Abrechnungsbeispiel des Rentamtes Süd in der Anlage ist Bestandteil dieses Vertrages):

1. Investitions- und Instandhaltungskosten über 2.500,00 Euro werden mit 50 Prozent von der Stadt mitfinanziert, sofern sie nach Art, Umfang und Zeitpunkt der Durchführung der Maßnahme mit der Stadt abgestimmt sind.

2. Die Abrechnung des Vorjahres erfolgt nach Vorlage der Haushaltsabrechnung bis spätestens April des laufenden Jahres.

Der im Haushalt veranschlagte Finanzierungsanteil der Stadt ist in vier Raten im Voraus, spätestens am 15. Januar, 15. April, 15. Juli und 15. Oktober eines jeden Jahres an den Träger zu zahlen.

3. Über- und Unterzahlungen im vorangegangenen Haushaltsjahr werden mit der zweiten Ratenzahlung des laufenden Jahres ausgeglichen.

Bis zur Abrechnung des Vorjahres und Neufestsetzung des Finanzierungsanteils auf Grundlage des Haushalts ist der Finanzierungsanteil des Vorjahres zu leisten.

## § 7 Örtliche Prüfung

Der Stadt wird das Recht eingeräumt, die Abrechnungsunterlagen einzusehen, sofern nicht datenschutzrechtliche Gründe entgegenstehen.

## § 8 Wirksamkeit

(1) Der Vertrag bedarf der Genehmigung des Bischöflichen Ordinariates in Limburg.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein, so bleibt der Vertrag im Übrigen gleichwohl gültig.

Die Vertragsparteien sind verpflichtet, eventuell unwirksame Bestimmungen so umzudeuten, zu ergänzen oder zu ersetzen, dass der beabsichtigte Zweck erreicht wird.

## § 9 Laufzeit und Kündigung

(1) Dieser Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt für eine Dauer von fünf Jahren. Er verlängert sich stillschweigend um jeweils ein Jahr, sofern er nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von sechs Monaten vor Ablauf der Laufzeit schriftlich gekündigt wird.

- (2) Den Vertragsparteien steht ein außerordentliches Kündigungsrecht bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zu.
- (3) Mit Inkrafttreten dieses Vertrages verlieren alle zwischen den Vertragsparteien bestehenden vertraglichen Vereinbarungen über die Finanzierung der Kindertagesstätte ihre Gültigkeit.
- (4) Änderungen, Nebenabreden oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform und der Genehmigung des Bischöflichen Ordinariats in Limburg.

Eltville am Rhein, den 01. Juli 2009

Der Magistrat der Stadt  
Eltville am Rhein

Eltville am Rhein, den 03.02.09

Verwaltungsrat der  
Katholischen Kirchengemeinde  
St. Martin

  
 (Patrick Kunkel) Bürgermeister / LS  
  
  
 (Dr. Clemens Mödden) Erster Stadtrat

  
 Vorsitzender/stellv. Vorsitzender  
  
  
 Mitglied des Verwaltungsrates

Kirchenaufsichtsbehördlich genehmigt  
Limburg, den 01.02.2010....

Az: 6/1320/09/01/11-FCK

  
